

### Wege aus der Krise? Green New Deal - Postwachstumsgesellschaft - Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht

Bauhardt, Christine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bauhardt, C. (2013). Wege aus der Krise? Green New Deal - Postwachstumsgesellschaft - Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 5(2), 9–26. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-398161>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Christine Bauhardt

## Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht

### Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert drei kritische Positionen zu krisenhaften Entwicklungen des aktuellen Kapitalismus. Den untersuchten Ansätzen ist gemeinsam, dass sie von der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen ausgehen, deren Ausbeutung durch die kapitalistische Produktionsweise beendet werden muss. Aus der Sicht der feministischen Ökonomiekritik wird auch die von Frauen geleistete Verantwortungs- und Fürsorgearbeit im Kapitalismus wie eine quasi-natürliche Ressource gesellschaftlich angeeignet. Alle drei alternativen Ansätze thematisieren nicht explizit das Geschlechterverhältnis, rekurren aber implizit auf die Geschlechterordnung. Werden die Konsequenzen dieser impliziten Gender-Gehalte nicht reflektiert, dann besteht die Gefahr einer weiteren Verfestigung der asymmetrischen Geschlechterordnung auch in diesen sich kritisch verstehenden Perspektiven. Alle drei Ansätze weisen jedoch auch Anschlussstellen für feministische Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit auf, je nachdem, welche mittel- und langfristige Vorstellungen über die Geschlechterordnung jeweils damit verknüpft sind.

### Schlüsselwörter

Feministische Ökonomie, Nachhaltige Entwicklung, Grünes Wachstum, Kapitalismuskritik

### Summary

Ways to get out of the crisis? Green New Deal, post-growth society and solidarity economy: Alternatives to the growth economy from a feminist perspective

The article scrutinizes three approaches that propose alternatives to the current crisis of capitalism. All these approaches proceed on the assumption that natural resources are finite and that their exploitation by the capitalist mode of production must be stopped. Feminist economics analyzes women's care work within capitalism as exploited and approaches by society just like a natural resource. None of the three alternative approaches refers explicitly to gender relations, yet they rely implicitly on the gender order. Without reflecting these implicit gender implications, there is a risk that the asymmetrical gender order will be further consolidated, even within these critical perspectives. Nevertheless, all three approaches also have connection points that resonate with feminist claims for gender equity, depending on their respective visions about medium- or long-term changes to the gender order.

### Keywords

feminist economics, sustainable development, green growth, critiques of capitalism

Die Anfang 2011 eingesetzte Enquete-Kommission des 17. Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ hat viel Wirbel in der feministischen Forschungslandschaft ausgelöst. Die Tatsache, dass unter den siebzehn Sachverständigen Mitgliedern zunächst keine einzige Frau benannt wurde, hat großes Aufsehen erregt. Viele feministische Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen haben

sich in öffentlichen Stellungnahmen und in Briefen an die im Bundestag vertretenen Parteien, die die Kommissionsmitglieder benennen, gewandt und kritisiert, dass nicht nur keine Frau, sondern auch kein einschlägiger Gender-Sachverständiger in der Enquete-Kommission repräsentiert sei. SPD und Linke beriefen sich in ihren Stellungnahmen darauf, immerhin bei den Partei-VertreterInnen in der Kommission auch Frauen benannt zu haben.

Tatsache ist jedoch, dass unter den Sachverständigen, also den thematisch einschlägigen Experten und Wissenschaftlern, Genderfragen völlig ausgeblendet bleiben. An der Literaturliste, die die Kommission auf ihrer Homepage veröffentlicht, ist dies deutlich ablesbar. Auch die beiden inzwischen ersatzweise nachnominierten Expertinnen, deren einschlägige wissenschaftliche Kompetenz in wirtschafts- und finanzpolitischen Themen außer Frage steht, sind keine Genderexpertinnen oder gar feministische Ökonominen. Niemand kann und sollte aufgrund biologischer Zuschreibungen von ihnen erwarten, dass sie aufgrund ihres Geschlechts die „Genderperspektive“ – was auch immer darunter, meistens recht vage, verstanden wird – vertreten.<sup>1</sup>

Gleichzeitig haben zahlreiche feministische Wissenschaftlerinnen darauf verwiesen, dass über Wohlstand und Lebensqualität nicht adäquat debattiert werden kann, wenn dabei Geschlechterperspektiven in ihrer intersektionalen Verschränkung keinen Ausdruck und kein Gehör finden. Nachhaltiges Wirtschaften ist für feministische Ökonominen seit vielen Jahren zentrales Thema ihrer Forschungen, gesellschaftlicher Fortschritt ohne intersektional verstandene Geschlechtergerechtigkeit nicht denkbar. Die Kommission hat sich aufgrund der kritischen Stellungnahmen immerhin dazu entschlossen, zwei Anhörungen feministischer Wissenschaftlerinnen zu organisieren, zum einen die Stellungnahme von Jutta Allmendinger zum Thema „Wachstumsorientierung und Geschlechterverhältnis“ im September 2011, zum anderen die Anhörung von Martha Nussbaum zum Thema „Wachstum und globale Gerechtigkeit“ im Dezember 2011. Inwieweit diese Positionen in den angestrebten „ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator“ (Enquete-Kommission 2012) einfließen und ob ein solcher Indikator überhaupt erstrebenswert ist, bleibt zunächst eine offene Frage.

Das Thema, das in diesem Beitrag behandelt wird, ist die kritische Befragung der allgegenwärtigen Forderung nach Wachstum, wie sie auch die Trias „Wachstum, Wohl-

1 Zur Begriffsverwendung: Meine Unterscheidung zwischen GenderexpertInnen bzw. GenderforscherInnen und feministischen Ökonominen könnte Fragen aufwerfen, die ich vorab klären möchte. Unter GenderexpertInnen bzw. GenderforscherInnen verstehe ich WissenschaftlerInnen, die sich deskriptiv mit Fragen der Geschlechterordnung befassen. Entsprechend verwende ich in diesem Artikel die Begriffe Genderprämissen oder Genderrelevanz, um auf die geschlechtlichen Implikationen der hier vorgestellten ökonomischen Ansätze zu verweisen. Damit ist zunächst keine Bewertung impliziert. Ihrem Selbstverständnis nach sind nicht alle GenderforscherInnen auch FeministInnen. Eine feministische Perspektive enthält ein normatives und politisches Element, nämlich über die Feststellung der Tatsache vergeschlechtlichter Prozesse und Strukturen hinaus die Forderung nach deren Beendigung. Feministische Ökonominen sind der Verbesserung des ökonomischen und sozialen Status von Frauen und anderen durch den ökonomischen Main-/Malestream Marginalisierten verpflichtet. Im anglophonen Sprachraum ist „Feminist Economics“ eine eigenständige Forschungsrichtung mit eigenen Organisationsformen (IAFFE – International Association for Feminist Economics) und Publikationsorganen (z. B. die Zeitschrift *Feminist Economics*).

stand, Lebensqualität“ im Titel der Enquete-Kommission anführt. Wachstum gilt über ein breites politisches Spektrum hinweg als Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität. Mich interessiert jedoch die Debatte um Alternativen zu einer wirtschaftlichen Entwicklung, die grundsätzlich auf Wachstum ausgerichtet ist. Das Wachstumspostulat der kapitalistischen Ökonomie wird in diesen Ansätzen als problematisch gesehen, da Wohlstand und Lebensqualität in ihrem Selbstverständnis nicht ausschließlich waren- und konsum-, also wachstumsorientiert verstanden werden. Im Zentrum meiner Analyse stehen drei Zugänge, die sich in unterschiedlicher Reichweite und theoretischer Ausformulierung mit der Krise des neoliberalen Kapitalismus, wie er sich in den vergangenen dreißig Jahren global ausgebreitet hat, beschäftigen und auf diese Krise antworten. Sie sollen auf ihre Anschlussfähigkeit für feministisch-ökonomische Diskussionen geprüft werden. Diese Ansätze sind der sogenannte Green New Deal, die Überlegungen zu einer Postwachstumsgesellschaft sowie die verschiedenen Erfahrungen und Debatten zu einer Solidarischen Ökonomie.

Die Fragestellungen dieses Beitrags beziehen sich erstens auf die Ursachenanalyse der Krise, auf die das jeweilige alternative Konzept antwortet, zweitens auf dessen programmatische Ziele sowie drittens auf die konkreten Lösungsansätze, die dafür jeweils angeboten werden. Diese werden ins Verhältnis gesetzt zu den Debatten über Wohlstand und Lebensqualität, wie sie von feministischen Ökonominen und im weiteren Sinne von Feministinnen geführt werden, für die die Nachhaltigkeit der ökonomischen Organisation der Gesellschaft zentral mit der Geschlechterordnung verknüpft ist. Vor diesem Hintergrund werden die vorgestellten alternativen Konzepte aus feministischer Sicht auf ihre Leerstellen und ihre Anknüpfungspunkte für feministische Analysen geprüft.

## 1 Problemaufriss: Die Krise des Kapitalismus aus feministischer Perspektive

Ausgangspunkt einer feministischen Analyse der industriekapitalistischen Produktionsweise ist die Verschränkung der Krise der sozialen Reproduktion mit der Krise der gesellschaftlichen Umwelt- und Naturverhältnisse (vgl. Braidotti et al. 1994; Mellor 1997; Nebelung/Poferl/Schultz 2001; Biesecker/Hofmeister 2006; Floro 2012; Wichterich 2012). Dreh- und Angelpunkt der Kritik ist die gesellschaftliche Aneignung und Verwertung der Arbeitskraft von Frauen, als handele es sich dabei um eine unendlich und unentgeltlich zur Verfügung stehende Naturressource (ausführlich dazu Bauhardt 2012). Die Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft in der Care-Ökonomie sind die Grundlagen des Wachstums in der kapitalistischen Ökonomie: „The type of economic growth generally pursued worldwide has not only increased the stresses put upon the earth’s resource base but also on care labor capacity, which are wrongly perceived to be of infinite supply“ (Floro 2012: 15).

Unter der ökologischen Krise wird die Endlichkeit von natürlichen Ressourcen verstanden. Dies können Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas, Uran oder seltene Erden und

Bodenschätze sein. Diese Grundlagen der industriellen Produktion werden zwar entsprechend ihrer Knappheit als Waren gehandelt und bepreist, aber die schädlichen Wirkungen ihrer Nutzung auf Menschen und Umwelt bleiben bislang weitgehend kostenlos – jedenfalls, so muss präzisiert werden, kostenlos für eine auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Ökonomie, die die Folgen ihres Handelns auf Umwelt und Menschen abwälzt. Neben diesen stofflichen Ressourcen sind die natürlichen und unmittelbar lebenserhaltenden Ressourcen von zentraler Bedeutung. Ihre Verknappung bzw. globale Ungleichverteilung betrifft die Regenerationsfähigkeit menschlichen Lebens: Luft, Wasser und Nahrungsmittel sind grundsätzliche Voraussetzungen für vitale Stoffwechselprozesse. Die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) sind seit Beginn der Ökologiebewegung Thema der Umweltforschung.

Die feministische Umweltforschung thematisiert, inwiefern die ökologische Krise mit der Geschlechterordnung verknüpft ist und die Krise der sozialen Reproduktion verschärft. Als Krise der sozialen Reproduktion bezeichnen verschiedene Autorinnen die Unterversorgung von Menschen mit Zuwendung und Fürsorge, Aspekte, die vor allem zeitintensiv und den Rationalisierungsbestrebungen der kapitalistischen Produktionsweise nicht zugänglich sind – und dies aufgrund der Inhalte der reproduktiven Arbeit auch nicht sein sollten (vgl. Becker-Schmidt 2011; Jürgens 2010; Madörin 2006, 2010; Winker 2011). Es geht dabei um Überlastung und Überforderung derjenigen Menschen, die die Verantwortung für die soziale Reproduktion tragen, unter den gegebenen Verhältnissen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung sind dies in der ganz großen Mehrheit Frauen. Sie tragen nicht nur die Verantwortung für die Versorgung von Menschen, die nicht selbst für sich sorgen können, sondern darüber hinaus sind es auch Frauen, auf die aus der ökologischen Krise entstehende Folgekosten abgewälzt werden. Die feministische Umweltforschung hat dafür den Begriff der „Feminisierung der Umweltverantwortung“ geprägt (Wichterich 1992; Schultz 1993).

## **2 Die drei Konzepte Green New Deal, Postwachstumsgesellschaft und Solidarische Ökonomie**

Im Folgenden werden drei Ansätze vorgestellt, die ihrem Selbstverständnis entsprechend Alternativen zur kapitalistischen Wachstumsökonomie anbieten. Für meine Analyse stütze ich mich auf eine heterogene Ausgangsbasis und damit verbunden auf eine unterschiedlich entwickelte Literaturlage. Mein Erkenntnisinteresse dabei ist, ob diese Zugänge geschlechtertheoretisch reflektiert und inwiefern die unterschiedlichen Ansätze für feministische Debatten anschlussfähig sind.

### **2.1 Krisenanalyse**

Der *Green New Deal* wird maßgeblich von den Grünen auf europäischer Ebene vertreten. Auch der Think Tank der deutschen Grünen, die Heinrich-Böll-Stiftung, bezieht sich

positiv auf diesen Ansatz (Heinrich-Böll-Stiftung 2009). Konzeptionelle Überlegungen dazu wurden von der seit 2007 in Großbritannien aktiven Green New Deal Group unter dem Titel „A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices“ veröffentlicht (Green New Deal Group 2008)<sup>2</sup>. Mitglieder dieser Gruppe sind unter anderem der für Wirtschaft verantwortliche Herausgeber des *Guardian*, ehemalige Führungspersönlichkeiten von Greenpeace und Friends of the Earth sowie eine britische Europaabgeordnete der Grünen Partei.

In dem genannten Positionspapier wird eine dreifache Krise beschrieben, die sich aus der Überlappung von Finanzkrise, Klimawandel und dem absehbaren Ende der Erdölreserven und den daraus abgeleiteten Preissteigerungen für Energie ergibt. Die Deregulierung des globalen Finanzmarktes hat danach zu einem fast grenzenlosen Kreditboom geführt, der nicht-nachhaltige Konsumweisen und die Bankenkrise nach sich gezogen habe. Die vom Klimawandel zeugenden extremen Wetterphänomene wie zunehmende Dürren und Überschwemmungskatastrophen verweisen auf die sich zuspitzende ökologische Krise. Das globale Ölfördermaximum („peak oil“) steht seit der sogenannten ersten Ölkrise 1973 immer wieder neu zur Debatte.

Zur Lösung der dreifachen Krise verweist die Green New Deal Group auf den namensgebenden Ansatz der 1930er Jahre in den USA und leitet daraus zwei zentrale Forderungen ab, die Reform des Finanz- und Steuersektors einerseits und diejenige des Energiesektors andererseits:

„Drawing our inspiration from Franklin D. Roosevelt’s courageous programme launched in the wake of the Great Crash of 1929, we believe that a positive course of action can pull the world back from economic and environmental meltdown. The Green New Deal that we are proposing consists of two main strands. First, it outlines a structural transformation of the regulation of national and international financial systems, and major changes to taxation systems. And, second, it calls for a sustained programme to invest in and deploy energy conservation and renewable energies, coupled with effective demand management“ (Green New Deal Group 2008).

Der Ansatz der *Postwachstumsgesellschaft* speist sich aus diversen Beiträgen, die sich mit der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, nicht allein des Erdöls, befassen und die Wachstumsorientierung der Marktwirtschaft kritisch sehen (z. B. Binswanger 2006, 2009; Miegel 2010; Gasche/Guggenbühl 2010). Im deutschsprachigen Raum ist dabei die von Irmi Seidl und Angelika Zahrnt herausgegebene Publikation „Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft“ (Seidl/Zahrnt 2010a)<sup>3</sup> eine zentrale Referenz, im englischen Kontext das Buch „Prosperity without growth“ (Jackson 2009), im Französischen hat sich der Begriff der „Décroissance“ durchgesetzt (Latouche 2006; Ariès 2009; Duverger 2011). Dieser Ansatz stützt sich unter anderem auf Ergebnisse der sogenannten Glücksforschung, die infrage stellt, dass immer mehr materieller Wohlstand Menschen auch immer mehr Zufriedenheit verschafft. Hier wird im Gegenteil die These vertreten, dass ökonomisches Wachstum nicht zu mehr Wohlstand für alle Menschen einer Gesellschaft führt, sondern zu mehr sozialer Ungleichheit und damit zur Zunahme

2 Siehe dazu auch die Internetseite [www.greennewdealgroup.org](http://www.greennewdealgroup.org).

3 Siehe dazu auch die Internetseite [www.postwachstum.de](http://www.postwachstum.de).

von individueller Unzufriedenheit, seelischen Störungen, Gesundheitsproblemen, sozialen Spannungen und struktureller Gewalt (vgl. Wilkinson/Pickett 2009).

In unterschiedlich scharfer Akzentuierung wird in der wachstumskritischen Debatte das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem enormen Verbrauch an natürlichen Ressourcen und dem Ausstoß an Emissionen als Verursacher der ökologischen Krise kritisiert, die ebenso negative soziale Effekte impliziert. Bei Seidl und Zahrnt heißt es zugespitzt: „Wirtschaftswachstum verursacht ökologische Probleme und verhindert ihre Lösung“ (Seidl/Zahrnt 2010b: 30). Bei Ariès liest sich das so:

„L'effondrement environnemental est la conséquence de l'effondrement symbolique et institutionnel de la société. C'est parce que l'humanité a perdu sa boussole qu'elle n'est plus capable de se donner d'autres limites que celles que la nature lui oppose. Nous devons donc être conscients qu'il ne suffira pas de se concentrer sur les conséquences dramatiques du changement de climat et du niveau des pollutions, si nous n'entreprenons pas, en même temps, de retrouver le sens des limites“ (Ariès 2009: 41)<sup>4</sup>.

Die Perspektive einer *Solidarischen Ökonomie* speist verschiedene Projekte und Initiativen, die vor allem an der gelebten Praxis alternativer Lebens- und Wirtschaftsweisen ansetzen. Dazu zählen Haus- und Gartenprojekte, Tauschringe, Kooperativen, Betriebe in Selbstverwaltung oder auch Ökodörfer. Entsprechend dem praxisorientierten Selbstverständnis sind theoretische Analysen bislang noch rar und konzentrieren sich auf die Erfahrungen von konkreten Umsetzungsprojekten (Scholze-Irrlitz 2006; Hopkins 2008, 2011; Kolling 2008; Müller 2011; vgl. auch Habermann 2009). Auch Gisela Notz stellt fest, dass es „für die Solidarische Ökonomie weder ein annähernd einheitliches theoretisches Konzept noch eine eindeutige Definition, nicht einmal einen vereinigenden Begriff“ gebe (Notz 2011: 117). Es besteht jedoch eine rege Vernetzung zwischen den AktivistInnen, wie die Kongresse zur Solidarischen Ökonomie 2006 in Berlin, 2009 in Wien und 2012 in Kassel zeigen.<sup>5</sup>

In ihrem „Wegweiser Solidarische Ökonomie“ benennt Elisabeth Voß vom NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation<sup>6</sup> als Krisenursache, auf die der Ansatz der Solidarischen Ökonomie antwortet, den Kapitalismus und dessen Grundprinzipien: „Während kapitalistische Wirtschaftssysteme auf quasi-religiösen Grundannahmen wie Konkurrenz, Gewinnmaximierung und exponentiellem Wachstum mit zentralistischer Hightech-Orientierung basieren, geht es in Solidarischen Ökonomien um die Menschen und ihre Bedürfnisse“ (Voß 2010: 14f.; vgl. auch Felber 2010; Akademie Solidarische Ökonomie 2012).

4 „Der ökologische Zusammenbruch ist die Folge des symbolischen und institutionellen Zusammenbruchs der Gesellschaft. Weil die Menschheit ihren Kompass verloren hat, ist sie nicht mehr dazu fähig, sich andere Grenzen zu setzen als diejenigen, die die Natur ihr aufzwingt. Wir müssen also ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es nicht reicht, sich auf die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung zu konzentrieren, wenn wir nicht auch gleichzeitig darangehen, den Sinn von Grenzen wiederzufinden“ (Übers. der Verf.).

5 Siehe dazu auch die Internetseite [www.akademie-solidarische-oekonomie.de/cms\\_neu/index.php](http://www.akademie-solidarische-oekonomie.de/cms_neu/index.php).

6 Vgl. Internetseite [www.netz-bund.de](http://www.netz-bund.de).



## 2.2 Programmatische Ziele

Der *Green New Deal* hat ein weitreichendes Ziel vor Augen, nämlich die „ökologische und soziale Transformation unserer Wirtschaft“ (Giegold/Mack 2012: 40). Diese Transformation gründet sich auf die angestrebte Vollversorgung mit erneuerbaren Energien durch den Ausbau von Wind-, Wasser- und Solarkraftwerken und durch die Nutzung von Geothermie und Biomasse sowie eine veränderte Verkehrspolitik. Beides, Energieproduktion und motorisierter Verkehr, sind unter aktuellen Bedingungen massiv vom Import fossiler Energieträger abhängig. Deshalb spricht die Green New Deal Group auch von einer „energy-and-transport revolution“ (Green New Deal Group 2008: 3).

Die *Postwachstumsgesellschaft* wird vom ökonomischen Wachstum unabhängig sein: „Wirtschaftswachstum ist kein Imperativ und Selbstzweck und nicht weiter dominierendes Paradigma von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ (Seidl/Zahrnt 2010b: 34). In der französischsprachigen Debatte wird von den TrägerInnen der Bewegung als den „objecteurs de croissance“ gesprochen, den Wachstumsverweigerern<sup>7</sup>. Postwachstum wird dadurch erreicht, dass alle Politiken, die Wirtschaftswachstum herbeiführen sollen, eingestellt und alle wachstumsabhängigen und wachstumstreibenden Sektoren und Institutionen so umorganisiert werden, dass sie vom Wachstum unabhängig sind. Durch den Wachstumsstopp wird auch der Verbrauch von natürlichen Ressourcen gestoppt (Seidl/Zahrnt 2010b: 34).

Die Idee einer *Solidarischen Ökonomie* gründet sich auf die Überzeugung, dass die Ökonomie den Menschen dienen soll und nicht die Menschen der Ökonomie. Solidarische Ökonomie basiert „auf Leitbildern einer Welt, in der ausnahmslos alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins das Recht und die Möglichkeit haben, auf eine menschenwürdige Art Zugang zu all dem zu haben, was sie physisch, psychisch und geistig benötigen, um ein gutes Leben in selbstgewählten sozialen Zusammenhängen führen zu können“ (Voß 2010: 14). Diese ebenfalls sehr weitreichende Zielvorstellung stellt die sozialen Aspekte des Wirtschaftens stärker als die ökologischen heraus, geht aber gleichzeitig davon aus, dass diese Lebensformen ressourcenschonender sind als die kapitalistische Produktionsweise.

## 2.3 Konkrete Lösungsansätze

Interessant ist nun zu sehen, wie die verschiedenen Ansätze ihre programmatischen Ziele in konkrete Maßnahmen umsetzen und welche Problemstellungen dabei thematisiert bzw. ausgeblendet werden.

Der *Green New Deal* geht von einer ökonomischen Restrukturierung aus, bei der ökologische Notwendigkeiten und gesellschaftliche Anforderungen miteinander vereint werden sollen. Um diese Transformation zu erreichen, werden drei Säulen als notwendig erachtet: die Neuregulierung der Finanzmärkte, Investitionen in Klimaschutz, in

7 Es handelt sich bei dem Begriff um eine explizite Anspielung auf den Begriff für Kriegsdienstverweigerer, „objecteurs de conscience“, wörtlich übersetzt: Verweigerer aus Gewissensgründen.



Bildung und Gerechtigkeit sowie die Erneuerung des sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich (Giegold/Mack 2012). Die Finanzmärkte müssen entsprechend dahingehend reguliert werden, dass Finanzmarktspekulationen eingedämmt werden und sich die Banken auf ihre Kernaufgabe, die Finanzierung einer „nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung“ (Giegold/Mack 2012: 40), konzentrieren. Der Umbau des Energie- und Verkehrssektors sowie die Investitionen in Klimaschutz sind das Herzstück des Umbaus des Produktionssektors. Hier setzt die Arbeits- und Beschäftigungspolitik des Green New Deal an: Durch die Umorientierung der traditionellen kohlenstoffbasierten Produktion hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien entstehen zahlreiche neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in umweltverträglichen Zukunftsbranchen. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie ökologische Steuerreformen sollen Investitionen in Bildung und Gesundheit ermöglichen, um sich dem sozialen und ökonomischen Ausgleich zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen anzunähern und die Verteuerung von Primärrohstoffen für einkommensschwächere Haushalte abzufedern: „Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen dürfen nicht zu Verlierern des ökologischen Wandels werden“ (Giegold/Mack 2012: 42).

Aus der Sicht der VerfechterInnen einer *Postwachstumsgesellschaft* sind die Finanzmarktregulierung sowie eine Reform des Steuersystems ebenfalls unerlässlich, allerdings stehen andere Felder staatlichen Handelns im Vordergrund der Überlegungen. Dazu zählen vor allem die Alterssicherung (Höpflinger 2010), das Gesundheitswesen (Studer 2010) und die Bildung (Ax 2010). In allen drei Bereichen wird ein grundsätzlicher Umbau der Sicherungssysteme hin zu mehr Eigentätigkeit und Verantwortungsübernahme für sich selbst und für andere angestrebt. Als ausgabenintensive Sektoren sind diese bislang stark auf das ökonomische Wachstum und das Steueraufkommen bzw. die einkommensabhängigen Versicherungsbeiträge angewiesen und verlangen bei einer Abkopplung vom Wachstum nach anderen Organisations- und Finanzierungsformen. Gleichzeitig werden in diesen Handlungsfeldern auch die größten Perspektiven für sinnvolle Tätigkeiten und Beschäftigungschancen gesehen. Die zentrale Stellschraube für eine an den ökologischen Grenzen orientierte Wirtschaft stellt jedoch der Konsum, „der Kern des Wachstumsmotors“ (Röpke 2010), dar. Die französische *Décroissance*-bewegung, die der deutschsprachigen Debatte um Postwachstum in diesem Punkt sehr nahe ist, setzt hier schwerpunktmäßig an: Der Konsum als wachstumstreibende Kraft bestimmt einerseits darüber, welche Güter produziert werden, und treibt andererseits die Forderung nach höheren Einkommen voran, die dann wiederum größere Güternachfrage induzieren. Bewussteres Konsumieren statt permanent steigender Nachfrage nach überflüssigen Produkten, so die These, führt zu größerer Lebensqualität auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Für die *Solidarische Ökonomie* steht die Befriedigung konkreter menschlicher Bedürfnisse im Zentrum dessen, was das Wirtschaftssystem leisten soll: „Es geht also um den Nutzen, nicht um den Gewinn“ (Voß 2010: 16). Die Projekte und Initiativen, die sich um das Prinzip solidarischen Wirtschaftens bemühen, sind nicht abgekoppelt von den Märkten. Dennoch geht es ihnen nicht um Kapitalakkumulation durch Gewinnma-

ximierung, sondern um den Nutzen für die Beteiligten. Die Arbeitskraft wird nicht als auf dem Arbeitsmarkt gehandelte Ware aufgefasst, die durch das Kapital fremdbestimmt und ausgebeutet wird, sondern als „lebendige menschliche Arbeit [...]“. Die Menschen arbeiten nicht für den Profit anderer, sondern für sich selbst“ (Voß 2010: 18). Entsprechend sind Herstellung und Verteilung von Gütern und Leistungen lokal und kleinmaßstäblich orientiert. Die lokale Verortung gilt auch als Prinzip globaler Vernetzungen, lokalen Projekten werden größere Chancen als dem Weltmarkt oder der sogenannten Entwicklungshilfe eingeräumt, die Bedürfnisse von Menschen an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen kulturellen und sozialen Kontexten zu befriedigen. Neben der Forderung nach voller Entfaltung des menschlichen Arbeitsvermögens steht der Anspruch auf demokratische und emanzipatorische Organisationsformen der Ökonomie. Dazu zählt auch die Frage nach der Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über Eigentum, wobei hier der Debatte zu Gemeingütern (commons) und deren Nutzung und Verwaltung jenseits von Staat und Privateigentum eine große Bedeutung zukommt.

Bevor ich im nächsten Abschnitt die drei Ansätze auf ihre blinden Flecken und mögliche Anschlussstellen aus der Sicht feministischer Ökonomiekritik hin untersuche, möchte ich darauf hinweisen, dass diese Ansätze nicht ganz so trennscharf nebeneinander stehen, wie ich es für die Analyse hier pointiert dargestellt habe. Es gibt zwischen ihnen durchaus Überschneidungsbereiche. Allen drei Ansätzen ist ihre Orientierung an den ökologischen Grenzen gemeinsam, die eine Veränderung wirtschaftlichen Handelns erfordern bzw. erzwingen. Nicht nur für den Green New Deal, auch im Konzept der Postwachstumsgesellschaft geht es um eine möglichst ressourceneffiziente wirtschaftliche Entwicklung. Die Debatte um die Gemeingüter ist sowohl für die Solidarische Ökonomie wie für die Perspektive eines Postwachstums von zentraler Bedeutung.

Worauf es mir in dieser Darstellung ankommt, ist die grundsätzliche Ausrichtung der drei Strömungen. Der Green New Deal repräsentiert weitgehend die Green Economy, die ökonomischen Erfolg vom ökologischen Umbau industrieller Produktionsbedingungen abhängig macht. Soziale Benachteiligungen sollen dabei mittels einer gerechteren Steuer- und Finanzpolitik abgefedert werden. Postwachstum und Décroissance stellen grundsätzlich die Frage nach dem Zusammenhang von materiellem Wohlstand und individuellem sowie gesellschaftlichem Wohlergehen. In diesem Ansatz geht es darum, Formen gesellschaftlicher und ökonomischer Organisation zu finden, die Wohlstand und Lebensqualität neu interpretieren und vom Wachstumszwang abkoppeln. Die Projekte und Initiativen, die sich dem Ansatz einer Solidarischen Ökonomie verpflichtet fühlen, widmen sich der Umsetzung der Forderungen nach Selbstbestimmung, Kooperation und Bedürfnisbefriedigung im Hier und Jetzt. Von allen drei vorgestellten Ansätzen ist die Solidarische Ökonomie am Weitesten entfernt von der kapitalistischen Produktionsweise, aber am nächsten dran an der Umsetzung konkreter Utopien.

### 3 Feministisch-ökonomische Perspektiven auf die alternativen Konzepte

Zur Analyse und Bewertung der vorgenannten Ansätze greife ich auf zentrale Prämissen der feministischen Ökonomiekritik sowie der feministischen Umweltforschung zurück. Im Fokus steht dabei, wie bereits dargestellt, die unbezahlte Arbeit von Frauen in der sozialen Reproduktion, die wie eine natürliche Ressource als prinzipiell unendlich angesehen und unbezahlt gesellschaftlich angeeignet wird.

Folgende Grundannahmen der feministischen Ökonomiekritik lege ich meiner Analyse zugrunde:

- 1) Verantwortungsübernahme und Fürsorgearbeit sind zentrale Bestandteile der Ökonomie, auch wenn für diese Tätigkeiten im Rahmen privat gehaltener Haushalts- und Familienstrukturen kein Geld fließt.
- 2) Geschlechtergerechtigkeit ist an die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt geknüpft, solange gesellschaftliche Partizipation eng an Erwerb und Einkommen gekoppelt ist.
- 3) Erwerbschancen werden durch die Übernahme von Versorgungsarbeit eingeschränkt, also muss unbezahlte Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden. Eine Verlagerung von Reproduktionsarbeit in die global care chain ist kritisch zu sehen.

Anhand dieser Kriterien befrage ich nachfolgend die vorgestellten Ansätze auf ihre geschlechterpolitischen Blind- bzw. Anschlussstellen. Grundsätzlich ist dabei festzuhalten, dass in keinem der Ansätze die Geschlechterordnung explizit thematisiert wird. Weder wird die Geschlechterhierarchie als in die kapitalistische Produktionsweise notwendig eingelassene ökonomische Struktur identifiziert noch gilt Geschlechtergerechtigkeit als Zielvorstellung eines Umbaus der Wachstumsökonomie. Dennoch sind Unterschiede im Detail festzustellen, die entweder implizit oder explizit auf die Geschlechterfrage rekurrieren.

So ist im Ansatz des Green New Deal überhaupt keine explizite Bezugnahme auf die Geschlechterverhältnisse zu finden. Die französische Décroissancedebatte ist ebenfalls völlig geschlechtsblind. Die deutsche Publikation „Postwachstumsgesellschaft“ wurde von zwei Wissenschaftlerinnen herausgegeben, die sich vorher in unterschiedlicher Intensität mit der Geschlechterfrage befasst haben<sup>8</sup>. Dennoch finden sich in den Texten – mit einer Ausnahme – auch hier nur zaghafte Hinweise auf Haus- und Care-Arbeit, meistens in Kombination mit ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die Ausnahme stellt der Beitrag von Claudia von Braunmühl in dem Band dar (von Braunmühl 2010), die

8 Irmi Seidl ist Mitglied des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften und Mitherausgeberin des Sonderheftes 6/1994 der Zeitschrift Politische Ökologie: Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit. Angelika Zahrnt war 17 Jahre lang stellvertretende Vorsitzende bzw. Vorsitzende des BUND und verweist in ihrer Vita auf ihr Engagement in der Frauenbewegung.

zumindest „die geschlechterpolitische Organisation der Arbeit in Privathaushalten und in der Wirtschaft insgesamt“ benennt (von Braunmühl 2010: 194). In ihrem exemplarischen Überblick über konkrete Projekte der Solidarischen Ökonomie zählt Elisabeth Voß immerhin einige Frauenbetriebe und -projekte auf und verweist auf deren Geschichte und Verankerung in der Zweiten Frauenbewegung (vgl. Voß 2010: 38ff.). Eine systematische Berücksichtigung von feministisch-ökonomischen Forderungen und Ansätzen findet aber auch hier nicht statt.

Wie sieht es nun im Detail aus, wenn man die impliziten geschlechterpolitischen Voraussetzungen und Konsequenzen der jeweils vorgeschlagenen Lösungsansätze untersucht? Das soll im Folgenden geschehen, indem die Kernaussagen zu ökonomischen Perspektiven analysiert werden.

Der *Green New Deal* fordert aufgrund der krisenhaften Entwicklung des Finanz- und Bankensektors die Beendigung von Finanzmarktspekulationen und die Finanzierung nachhaltiger und ressourcenschonender wirtschaftlicher Entwicklung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Industriepolitik im Bereich grüner Technologien im Energie- und Bausektor. Staat und Industrie sollen hier ihre Investitionen im Feld von Forschung und Entwicklung bündeln und den Arbeitsplatzausbau in diesen technologischen Sektoren forcieren.

Hier wird deutlich, dass Ökonomie als Industrieentwicklung verstanden wird; die oben angeführte „ökologische und soziale Transformation unserer Wirtschaft“ (Giegold/Mack 2012: 40) reduziert sich auf die Transformation von Technologieoptionen und Erwerbsarbeitsplätzen. Nicht allein, dass Geschlechterverhältnisse in diesem Ansatz kein Thema sind und Geschlechtergerechtigkeit nicht als Ziel einer solchen ökonomischen Restrukturierung angesehen wird – es ist davon auszugehen, dass sich unter den gegebenen Bedingungen eines geschlechtlich horizontal und vertikal segregierten Arbeitsmarktes auch die Geschlechterhierarchie verfestigt: Der *Green New Deal* konzentriert sich ausschließlich auf die Förderung traditionell männerdominierter Arbeitsplätze der Energiewirtschaft und der Bauindustrie (vgl. auch Kuhl 2012) und ist damit implizit durchaus gegendert, ohne dies jedoch zu reflektieren. Die Care-Ökonomie als relevanter ökonomischer Sektor kommt in diesem Ansatz überhaupt nicht vor, weder in ihrer Relevanz für gesellschaftliche Wohlfahrt noch in ihrer Bedeutung für die Geschlechterordnung. Unbezahlte Frauenarbeit in der sozialen Reproduktion wird damit stillschweigend als unendlich verfügbar vorausgesetzt. Auch das stellt eine folgenreiche implizite Geschlechterblindheit dar. Nachhaltigkeit wird weitgehend auf Ökologie und natürliche Ressourcen reduziert, soziale und Verteilungsaspekte werden vage als „Erneuerung des sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich“ angesprochen (Giegold/Mack 2012: 41). Die Verknüpfung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen mit den Geschlechterverhältnissen bleibt in diesem Ansatz völlig ausgeblendet.

Auch der Ansatz der *Postwachstumsgesellschaft* kennt so gut wie keine systematische Integration von feministisch-ökonomischen Ansätzen. Einzelne Autorinnen verweisen zwar auf einen umfassenden Arbeitsbegriff, aber was dies in der Konsequenz für eine Postwachstumsgesellschaft bedeutet, wird nicht weiter ausgeführt. Bei genauerem Hin-

sehen wird deutlich, dass in diesem Ansatz die Geschlechterordnung implizit eine bedeutende Stellung einnimmt, denn er fokussiert auf zentrale Sektoren der Care-Ökonomie – allerdings ohne die damit verbundenen geschlechtlichen Zuweisungen zu reflektieren.

Dazu ist festzuhalten, dass die wichtigsten Branchen des Arbeitsmarktes in dieser Perspektive im öffentlichen Dienstleistungssektor gesehen werden: in der Altersversorgung, in der Gesundheitsvorsorge und im Bildungsbereich. Damit kommen schwerpunktmäßig Frauenarbeitsplätze in der bezahlten sozialen Reproduktion in den Blick. Unter günstigen Bedingungen kann dies zu einer Aufwertung von Frauenarbeit führen, denn so könnte sich ein Bewusstsein für die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung von Verantwortungs- und Fürsorgearbeit entwickeln. Unter unreflektierten Bedingungen und in der Weise, wie sich die Debatte derzeit noch darstellt, kann dies aber auch gegenteilige Effekte zeitigen: Viele der vorgeschlagenen Lösungsansätze implizieren eine tiefgreifende Veränderung geschlechtlicher Arbeitsteilung und vergeschlechtlichter Arbeitsprozesse, ohne dass dies auf die konkreten Gendergehalte hin überprüft würde. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Forderung nach mehr Eigenverantwortung für Alter, Gesundheit und Bildung zu vermehrter unbezahlter Frauenarbeit in der sogenannten privaten Sphäre führt. Dies bleibt jedoch ähnlich unreflektiert wie die zentrale Forderung nach verändertem Konsumverhalten. Konsumententscheidungen werden nicht von geschlechtslosen privaten Haushalten, sondern ganz überwiegend von Frauen getroffen. Die zentrale Kritik am Konsum als Wachstumsmotor vernachlässigt die Tatsache, dass Konsumententscheidungen, aber auch Konsumzwänge vergeschlechtlicht sind (vgl. Weller 2004). Es wäre wichtig, diese impliziten genderrelevanten Voraussetzungen zu thematisieren, um negative Effekte auf die Geschlechterordnung, aber auch positive Entwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf mehr Geschlechtergerechtigkeit im Ansatz der Postwachstumsgesellschaft zu erarbeiten.

In der Darstellung von Voß zur *Solidarischen Ökonomie* sind zwar Frauenprojekte als besondere Form von alternativen Projekten aufgenommen, es fehlt aber auch hier der Bezug zur feministisch-ökonomischen Debatte. Allerdings ist der zugrunde liegende Arbeitsbegriff, nämlich „lebendige menschliche Arbeit“ (Voß 2010: 18), ein durchaus feministischer (auch wenn er im zitierten Text eher als Referenz auf Marx zu lesen ist). Dennoch ist die Care-Ökonomie kein eigenständiges Thema, weder im Hinblick auf ihre Bedeutung für den dem Ansatz zugrunde liegenden Gedanken der Solidarität im Wirtschaftsprozess noch hinsichtlich ihrer Genderrelevanz.

Hierzu müsste kritisch untersucht werden, inwiefern die Ausrichtung am Lebensnotwendigen und am Nutzen für die Beteiligten (s. o.) vergeschlechtlichte Arbeits- und Konsumweisen transformiert oder aber auf Dauer stellt. Ein Arbeitsbegriff – auch wenn er umfassend angelegt und nicht auf Erwerbsarbeit beschränkt ist –, der nicht auch gleichzeitig seine geschlechtlichen Implikationen reflektiert, reicht für eine andere als am kapitalistischen Gewinnstreben orientierte Konzeption von Wirtschaften nicht aus. Die Prämisse einer Solidarischen Ökonomie lebt von der starken Motivation der Beteiligten, sich mit ihrer ganzen Person in den Prozess von Arbeiten und Leben einzubringen. Es muss hier genau darauf geachtet werden, dass sich die existenziellen Abhängigkeiten und

Verantwortlichkeiten, die dadurch kurz- und langfristig entstehen, gleichermaßen auf die Geschlechter verteilen. Hinsichtlich der umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft geht es nicht allein um die Befragung von Entscheidungsprozessen innerhalb der betrieblichen Hierarchie, sondern ebenso um die Machtverteilung entlang der Geschlechterlinie: Auch selbstverwaltete Betriebe sind nicht automatisch ein Hort der Geschlechtergleichheit. Dadurch, dass die Fürsorgearbeit nicht getrennt von der Erwerbsarbeit verhandelt, sondern Arbeit in einem umfassenden Sinne verstanden wird, wird auch die prinzipielle Zuständigkeit von Frauen für Versorgung und Fürsorge im Ansatz der Solidarischen Ökonomie nicht explizit thematisiert. Entsprechend bleibt auch eine Reflexion der Verteilung unbezahlter Hausarbeit aus. Die ethniserte Unterschichtung des Care-Sektors, zum Beispiel die Auslagerung von Haus- und Putzarbeit an migrantische Haushaltsarbeiterinnen in Wohngemeinschaften und Alternativbetrieben, bleibt entsprechend unthematisiert.

#### **4 Bewertung der wachstumskritischen Ansätze aus feministisch-ökonomischer Perspektive**

Um es nochmals festzuhalten: Die hier untersuchten Ansätze gehen alle davon aus, dass die natürlichen Ressourcen nicht endlos zur Verfügung stehen und dass es großer ökonomischer und gesellschaftlicher Anstrengungen bedarf, um das bislang auf Vernutzung und Verschwendung der natürlichen Ressourcen beruhende Wachstumsparadigma und die damit einhergehende Umweltzerstörung durch eine andere Organisation des Wirtschaftens abzulösen. Die Wege, die dazu vorgeschlagen werden, unterscheiden sich je nach Krisenanalyse und programmatischen Zielen.

Der *Green New Deal* setzt an den realen Gegebenheiten des Industriekapitalismus an. Die grundsätzliche Funktionsweise kapitalistischer Produktion und Reproduktion wird dabei nicht infrage gestellt. Der Ansatz ist auch nicht als grundsätzlich wachstumskritisch einzuschätzen, vielmehr fordert er ein anderes Wachstum: „Eine neue Wachstumspolitik für die Eurozone kann ökonomisch wie ökologisch nur erfolgreich sein, wenn sie die Abhängigkeit von Importen endlicher Energieträger und Rohstoffe absolut und nachhaltig senkt“ (Giegold/Mack 2012: 5).

Das heißt aber nicht, dass der Ansatz nicht anschlussfähig wäre für feministische Interventionen. Ein gleichstellungspolitischer Zugang könnte hier fordern, dass die impliziten bzw. nicht thematisierten Genderprämissen des Ansatzes kritisch reflektiert werden. Die vollständige Ausblendung der Care-Ökonomie ist dabei wahrscheinlich die größte Herausforderung. Dass der Ansatz politisch auf verschiedenen Ebenen von den Grünen vertreten wird, sollte erwarten lassen, dass gleichstellungspolitische Forderungen nach Modernisierung von ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen hier AdressatInnen finden. Das gilt ebenso für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Hier wäre zu erwarten, dass die Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt selbstverständlich mitgedacht wird, folgerichtig müsste dies die Integration von Frauen in technische Berufe im Energie-, Verkehrs- und Bausektor nach sich ziehen.



Die *Postwachstumsgesellschaft* stellt grundsätzlicher die Frage nach der Veränderung von Produktions- und Konsummustern. Marktwirtschaftliche Prinzipien werden dabei jedoch nicht infrage gestellt. Auch die Frage danach, ob eine Postwachstumsgesellschaft prinzipiell kapitalistisch organisiert sein wird, beantwortet Tim Jackson „in Anlehnung an Mr. Spock in *Raumschiff Enterprise* [...] : „Es ist Kapitalismus, Jim. Aber nicht so, wie wir ihn kennen““ (Jackson 2011: 201). Ein anderer Kapitalismus also, bei dem ökonomisches Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und gesellschaftliche Wohlfahrt nicht mehr wachstumsabhängig ist.

Was bedeutet das für feministische Anschlussstellen? Die soziale Reproduktion im Bereich der bezahlten wie auch der unbezahlten Care-Arbeit ist für den Ansatz der Postwachstumsgesellschaft zentral. Wenn der Umbau der Wirtschaft vor allem auf eine Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten auf dem Sektor der personenbezogenen, öffentlich oder privat finanzierten Dienstleistungen abzielt, dann kann das eine Aufwertung von Frauenarbeitsplätzen bedeuten. Gesundheitsvorsorge, die Professionalisierung von Pflege und Betreuung alter und kranker Menschen, Bildung und Erziehung – all dies kann hochwertige und anspruchsvolle Arbeitsplätze für Frauen (und Männer) schaffen, sofern die Aufmerksamkeit sich darauf richtet, inwiefern und warum diese Tätigkeitsfelder vergeschlechtlicht sind. Gleiches gilt für die unbezahlte Arbeit im sogenannten Privaten. Darin ist auch der Konsum impliziert: Wer verrichtet die Mehrarbeit im Haushalt, die durch eine Veränderung des Konsumverhaltens entsteht? Geschlechtergerechtigkeit ist auch in einer Postwachstumsgesellschaft nur durch die Gleichverteilung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit zu erreichen. Der feministische Zugang, der diese Forderungen sehr weitgehend vertritt, ist das Vorsorgende Wirtschaften (vgl. Busch-Lüty et al. 1994; Biesecker et al. 2000; Biesecker 2010; Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013) sowie das damit in engem Zusammenhang stehende Konzept der (Re)Produktivität (Biesecker/Hofmeister 2006, 2010). Unter (Re)Produktivität verstehen Biesecker und Hofmeister „ein qualitatives, an sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtetes Produktivitätskonzept. Damit dehnt sich das Ökonomische aus – es umfasst jetzt eben auch die Versorgungsökonomie (Care) und die ökologischen Produktionsräume“ (Biesecker 2010: 7). Die Vision einer Postwachstumsgesellschaft müsste also die Erwerbs- und die Care-Ökonomie gleichwertig und gleichberechtigt berücksichtigen.

Die *Solidarische Ökonomie* wendet sich sehr weitgehend von tradierten ökonomischen Mustern ab und postuliert einen „Systemwandel“ (Akademie Solidarische Ökonomie 2012) und die Verabschiedung von der „Sackgasse Kapitalismus“ (vgl. Winkelmann 2012a). Die Kritik an der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise ist in diesem Ansatz im Verhältnis zu den anderen beiden Ansätzen am schärfsten ausgeprägt. Auch die Frage nach dem Eigentum wird hier thematisiert, insofern zum Beispiel „Privateigentum an Kapital nicht mehr zur leistungslosen Abschöpfung Anderer und zur Mehrung eigenen Eigentums genutzt werden“ kann (Winkelmann 2012b: 126).

Feministisch-ökonomische Überlegungen, die sich mit dieser Diskussion verknüpfen lassen, sind vor allem im Subsistenzansatz zu finden (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997; von Werlhof/Bennholdt-Thomsen/Faraclas 2003; Bennholdt-Thomsen 2010).



Diese Debatte, die Kapitalismuskritik mit einer pointierten Patriarchatskritik verbindet, bietet Anschlussstellen für eine erneute feministische Befragung von ökonomischer Ausbeutung und herrschaftlicher Aneignung der ReProduktivität<sup>9</sup> von Natur und Frauen(arbeit). Der im Kontext des Ökofeminismus entwickelte Diskurs um Subsistenz wäre dabei zu erweitern um eine Kritik der als quasi-natürlich gesetzten zweigeschlechtlichen Reproduktionsweise und der damit verbundenen normativen Vorstellungen von gesellschaftlich-geschlechtlicher Arbeitsteilung.

Aktuelle Debatten um *Queer Ecologies* bieten einen Zugang an, der es erlaubt, strukturanalytische und poststrukturalistisch informierte Überlegungen zu einer radikalen feministischen Kritik der kapitalistischen Wachstumsökonomie weiterzuentwickeln. *Queer Ecologies* dekonstruieren die Natürlichkeit heterosexueller ReProduktivität und die damit implizit verbundene gesellschaftliche Verknüpfung des Frauenkörpers mit der normativen Zuständigkeit von Frauen für die soziale Reproduktion sowie die ideologische Überhöhung der Mutterschaft (vgl. Bauhardt 2011, 2012). Die nächsten Schritte bestehen nun in der Verknüpfung dieser theoretischen Debatten mit praktischer Kapitalismuskritik – eine spannende Herausforderung über die disziplinären Grenzen von Ökonomie, Geschlechterforschung und Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften hinweg.

## Literaturverzeichnis

- Akademie Solidarische Ökonomie. (Hrsg.). (2012). *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation*. München: oekom.
- Ariès, Paul. (2009). *La décroissance. Un nouveau projet politique*. Villeurbanne: Golias.
- Ax, Christine. (2010). Bildung fürs Leben. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 77–84). Marburg: Metropolis.
- Bauhardt, Christine. (2011). Gesellschaftliche Naturverhältnisse von der Materialität aus denken. Feministische Ökonomie, Queer Ecologies und das Konzept Ressourcenpolitik. *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 3(3), 89–103.
- Bauhardt, Christine. (2012). *Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Zugriff am 10. Mai 2013 unter [www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol\\_theorie/Zeitgenoessische\\_ansaetze/Bauhardtfoekonomie/index.html](http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfoekonomie/index.html).
- Becker-Schmidt, Regina. (2011). „Verwahrloste Fürsorge“ – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion. Zivilisationskritische Anmerkungen zur ökonomischen, sozialstaatlichen und sozialkulturellen Vernachlässigung von Praxen im Feld „care work“. *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 3(3), 9–23.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika. (2010). *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht*. München: oekom.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika & Mies, Maria. (1997). *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*. München: Frauenoffensive.

9 Ich bevorzuge die Schreibweise „ReProduktivität“, da die Klammer die Minderbewertung der Reproduktion im Begriff „(Re)Produktion“ nicht wirklich aufhebt; vgl. Bauhardt (2012).

- Biesecker, Adelheid. (2010). *Eine zukunftsfähige Ökonomie ist möglich – Vorsorgendes Wirtschaften*. Zugriff am 30. September 2012 unter [www.postwachstumsoekonomie.org/html/biesecker\\_-\\_eine\\_zukunftsfahig.html](http://www.postwachstumsoekonomie.org/html/biesecker_-_eine_zukunftsfahig.html).
- Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine. (2006). *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung*. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine. (2010). Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In Christine Bauhardt & Gülay Çağlar (Hrsg.), *Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie* (S. 51–80). Wiesbaden: VS Verlag.
- Biesecker, Adelheid; Mathes, Maite; Schön, Susanne & Scurrrell, Babette. (Hrsg.). (2000). *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine.
- Binswanger, Hans Christoph. (2006). *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Marburg: Metropolis.
- Binswanger, Hans Christoph. (2009). *Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft*. Hamburg: Murmann.
- Braidotti, Rosi; Charkiewicz, Ewa; Häusler, Sabine & Wieringa, Saskia. (1994). *Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis*. London: Zed Books.
- Braunmühl, Claudia von. (2010). Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation. In Irmi Seidl & Angelika Zahrt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 189–197). Marburg: Metropolis.
- Busch-Lüter, Christiane; Jochimsen, Maren; Knobloch, Ulrike & Seidl, Irmi. (Hrsg.). (1994). *Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit*. (Politische Ökologie, Sonderheft 6). München: oekom.
- Duverger, Timothée. (2011). *La décroissance. Une idée pour demain. Une alternative au capitalisme. Synthèse des mouvements*. Paris: Sang de la Terre.
- Enquete-Kommission. (2012). *Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Zugriff am 15. September 2012 unter [www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.jsp](http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.jsp).
- Felber, Christian. (2010). *Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Wien: Deuticke.
- Floro, Maria S. (2012). The Crises of Environment and Social Reproduction: Understanding their Linkages. *Journal of Gender Studies*, (15), 13–31.
- Gasche, Urs P. & Guggenbühl, Hanspeter. (Hrsg.). (2010). *Schluss mit dem Wachstumswahn. Plädoyer für eine Umkehr*. Glarus, Chur: Rüegger.
- Giegold, Sven & Mack, Sebastian M. (2012). *Eurorettung nur mit Green New Deal. Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und nicht-erneuerbaren Rohstoffen mitverantwortlich für die ökonomische Instabilität vieler Euroländer*. Strategiepapier der Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament. Zugriff am 15. September 2012 unter [www.sven-giegold.de/2012/neues-arbeitspapier-eurorettung-nur-mit-green-new-deal](http://www.sven-giegold.de/2012/neues-arbeitspapier-eurorettung-nur-mit-green-new-deal).
- Green New Deal Group. (2008). *A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices*. Zugriff am 15. September 2012 unter [www.neweconomics.org/publications/green-new-deal](http://www.neweconomics.org/publications/green-new-deal).
- Habermann, Friederike. (2009). *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*. Königstein: Helmer.
- Heinrich-Böll-Stiftung. (2009). Green New Deal. *Böll.Thema: Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung*, 5(1).
- Höpfinger, François. (2010). Alterssicherungssysteme: Doppelte Herausforderung von demografischer Alterung und Postwachstum. In Irmi Seidl & Angelika Zahrt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 53–63). Marburg: Metropolis.

- Hopkins, Rob. (2008). *The Transition Handbook. From oil dependency to local resilience*. Fox-hole, Dartington, Totnes, Devon: Green Books.
- Hopkins, Rob. (2011). *The Transition Companion. Making your community more resilient in uncertain times*. White River Junction: Chelsea Green Publ.
- Jackson, Tim. (2009). *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. London: Earthscan.
- Jackson, Tim. (2011). *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München: oekom.
- Jürgens, Kerstin. (2010). Deutschland in der Reproduktionskrise. *Leviathan*, 38(4), 559–587.
- Kolling, Heide. (2008). *Honig aus dem zweiten Stock. Berliner Hausprojekte erzählen*. Berlin: Assoziation A.
- Kuhl, Mara. (In Zusammenarbeit mit Maier, Friederike). (2012). *Geschlechteraspekte des Green New Deal – eine Analyse der Strategiepapiere der Grünen/EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe*. Berlin: mimeo.
- Latouche, Serge. (2006). *Le pari de la décroissance*. Paris: Fayard.
- Madörin, Mascha. (2006). Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In Torsten Niechoj & Marco Tullney (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie* (S. 277–297). Marburg: Metropolis.
- Madörin, Mascha. (2010). Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In Christine Bauhardt & Gülay Çağlar (Hrsg.), *Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie* (S. 81–104). Wiesbaden: VS Verlag.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich & Milling, Peter. (Hrsg.). (1972). *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: DVA.
- Mellor, Mary. (1997). *Feminism & Ecology*. New York: New York University Press.
- Miegel, Meinhard. (2010). *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Propyläen.
- Müller, Christa. (Hrsg.). (2011). *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom.
- Nebeling, Andreas; Pöferl, Angelika & Schultz, Irmgard. (Hrsg.). (2001). *Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens. (Hrsg.). (2013). *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis.
- Notz, Gisela. (2011). *Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*. Stuttgart: Schmetterling.
- Röpke, Inge. (2010). Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 103–115). Marburg: Metropolis.
- Scholze-Irrlitz, Leonore. (Hrsg.). (2006). *Aufbruch im Umbruch. Das Dorf Brodowin zwischen Ökologie und Ökonomie*. (Berliner Blätter 40, Sonderheft). Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT.
- Schultz, Irmgard. (Hrsg.). (1993). *GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen – Feminisierung von Verantwortung*. Frankfurt/M.: IKO.
- Seidl, Irmi & Zahrnt, Angelika. (Hrsg.). (2010a). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis.
- Seidl, Irmi & Zahrnt, Angelika. (2010b). *Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums*. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 23–36). Marburg: Metropolis.
- Studer, Hans-Peter. (2010). Gesundheitswesen als kosteneffizientes Solidarsystem mit Eigenverantwortung. In Irmi Seidl & Angelika Zahrnt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 65–75). Marburg: Metropolis.

- Voß, Elisabeth & NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. (Hrsg.). (2010). *Wegweiser Solidarische Ökonomie. ¡Anders wirtschaften ist möglich!* Neu-Ulm: AG SPAK.
- Weller, Ines. (2004). *Nachhaltigkeit und Gender: Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten*. München: oekom.
- Werlhof, Claudia von; Bennholdt-Thomsen, Veronika & Faraclas, Nicholas. (2003). *Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung*. Wien: Promedia.
- Wichterich, Christa. (1992). *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Berichte, Analysen, Dokumente*. Köln: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wichterich, Christa. (2012). *Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wilkinson, Richard & Pickett, Kate. (2009). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Hamburg: Tolkemitt bei Zweitausendeins. (Engl. Orig.: *The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better*. London u. a.: Lane 2009).
- Winkelmann, Bernd. (2012a). Sackgasse „Kapitalismus“. In Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.), *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation* (S. 15–40). München: oekom.
- Winkelmann, Bernd. (2012b). Eigentum in einer Solidarischen Ökonomie. In Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.), *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation* (S. 112–126). München: oekom.
- Winker, Gabriele. (2011). Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. *Das Argument*, 53(3), 333–344.

## Zur Person

*Christine Bauhardt*, Prof. Dr., HU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Globale Umweltpolitiken, Feministische Ökonomiekritik, Theorie und Politik räumlicher Planung (Stadt-, Umwelt-, Infrastrukturplanung), Ressourcenpolitik.

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Philippstr. 13, 10115 Berlin

E-Mail: [christine.bauhardt@gender.hu-berlin.de](mailto:christine.bauhardt@gender.hu-berlin.de)